Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Montag, 28. Februar 1921 · Nummer 98 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Vereins-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Vereins-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4721

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen das Friedenswerk des Ententekapitalismus

Internationale sozialistische Kundgebungen am 13. März und 1. Mai

Internationale Sozialistische Konferenz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Wien, 26. Februar.

Am Freitag nachmittag fand eine große Kundgebung von 4000 sozialdemokratischen Wehrmännern und Offizieren auf dem Arkadenhof statt. Vom Rathaus aus sprachen die Genossen **Julius Deutsch, Topalowitsch, Paul Faure, Shinwell und Crispien.** Am Schluß der Kundgebung wurde die „Internationale" gesungen. Die Demonstration machte einen hinreißenden Eindruck. Die Wiener Arbeiter, die unter dem Waffenrock stehen, halten fest zum Sozialismus und an der internationalen Verbrüderung zum Schutz der Republik geen die Konterrevolution.

Am Sonnabend vormittag berichtete **Grimm-Schweiz** in der Plenarversammlung über den

Organisationsentwurf,

der wenig verändert angenommen wurde. Dem Paragraph 3 wurde hinzugefügt, daß es die Aufgabe der Konferenz sein müsse, eine Vereinheitlichung der Tätigkeit aller angeschlossenen Parteien zu gemeinschaftlichen Aktionen und eine allumfassende Internationale einzuleiten. Der Antrag der Schweiz, **Verhandlungen mit der dritten Internationale einzuleiten, wurde von der Kommission als aussichtslos abgelehnt wegen der Beschimpfungen der Konferenz durch die Moskauer Exekutive.** Das Reglement bestimmt für das Exekutivkomitee je zwei Vertreter für Parteien mit über 5 Stimmen, je einen für die bis zu 5 Stimmen. Zur Schaffung eines fünfgliedrigen Bureaus aus verschiedenen Parteien und einem Sekretär zahlen die Parteien 5 Prozent ihrer jährlichen Mitgliederbeiträge. Einstimmig angenommen wurden die Thesen über die Methoden und Organisationen des Klassenkampfes, sowie das Organisationsstatut bei Enthaltung der russischen Sozialrevolutionäre, ebenso einstimmig wurde das Reglement für das Exekutivkomitee und die bereits gestern mitgeteilte Resolution über die Einheit des Klassenkampfes angenommen.

Ledebour (Deutschland)

referiert über **„Imperialismus und soziale Revolution".** Die soziale Revolution muß verbunden werden mit dem internationalen Kampf gegen die Konterrevolution. Die proletarische revolutionäre Bewegung befindet sich augenblicklich im Abflauen, während der Kapitalismus mittels der demokratischen Institutionen und dank der Einsichtslosigkeit der Arbeiter seine Herrschaft wieder befestigt. Redner schildert die Erstarkung der deutschen Reaktion, ihren Zusammenschluß mit der internationalen Reaktion. Es ist die einheitliche Auffassung der Konferenz, alle Mittel gegen die Reaktion anzuwenden. **Der Streik und Boykott sind national und international notwendig, aber nicht bloß zur Abwehr, sondern zur Niederwerfung der Reaktion.** Wir grüßen alle unterdrückten Proletarier der Welt, wir grüßen den gefangenen Eugen Debs in Amerika. (Lebhafter Beifall.) Wir rufen die amerikanischen Genossen auf zur revolutionären Aktion. Sobald wir nach Deutschland zurückkehren, werden wir den Proletariern sagen: **nur Taten befreien uns.** Wer nicht revolutionäre Taten wagt, gehört nicht zu uns. (Lebhafter Beifall.)

Mistral (Frankreich)

begründet die Resolution zur Reparationsfrage. Die Sicherheit der Welt sei nie mehr bedroht gewesen wie jetzt. Die französische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Independant Labour Party müssen gegenwärtig gemeinsame Grundlagen ausarbeiten zu einem vereinten Kampf, **sie müssen bis zum 13. März in allen Ländern große Kundgebungen organisieren für die Revision der Friedensverträge und zum Protest gegen die Gefahren der bestehenden Friedensverträge.** Am 1. Mai muß überall die Forderung der Entwaffnung des Militarismus erhoben werden. Der Redner bringt folgende Resolution ein:

„Die Wiener Konferenz hat alle möglichen Folgen der Pariser und Londoner Staatenkonferenz untersucht und nimmt die Kundgebungen der U. S. P. D. und der I. L. P. Englands und der Französischen Sozialistischen Partei und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis, welche bezeugen, daß jede dieser Organisationen sich bereits mit der Frage beschäftigt hat. Desgleichen nimmt sie den Vorschlag der französischen Partei zur Kenntnis, zum Zweck einer gründlicheren Prüfung der Wiedergutmachungsfrage **eine gemeinsame Besprechung der drei sozialistischen Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten.** Sie betrachtet als unerläßliche Bedingung der Wiedergutmachung

die Internationalisierung der Kriegsschulden

und Verpflichtung der vom Krieg weniger heimgesuchten oder von ihm verschont gebliebenen Länder, **ihre Hilfsquellen den verarmten und verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktiv- und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen.** Die Konferenz stellt die Unfähigkeit der kapitalistischen Regierungen fest, die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme zu lösen. Sie warnt die Arbeiterklasse aller Länder vor Methoden der Hetze und Aufreizung der Massen, die die Regierungen und die chauvinistische Presse anwenden. **Die übermäßigen, ja unerfüllbaren Forderungen des Ententekapitalismus und der Mißbrauch der durch sie hervorgerufenen Leidenschaften, den die konterrevolutionäre Bourgeoisie Deutschlands betreibt, drohen die Krise zu verschärfen und neuen blutigen Zusammenstoß heraufzubeschwören.** Die Entwaffnung der deutschen militärischen Organisationen (Orgesch usw.) entspricht sowohl den Interessen des Proletariats als auch den Erfordernissen des Friedens. Aber die Entwaffnung Deutschlands allein vermag nicht alle Kriegsgefahr zu bannen, wenn ihr nicht die allgemeine Abrüstung in allen Ländern folgt. Demzufolge fordert die Konferenz die sozialistischen Parteien auf, **Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme, gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter in demselben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden, gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades, zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse, für die allgemeine Revision der Friedensverträge, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen der internationalen Solidarität."** Die Konferenz beschließt, daß die erste dieser Kundgebungen

am 13. März

in allen großen Städten stattzufinden hat. Sie ruft das internationale Proletariat für **den 1. Mai zu Kundgebungen für die gleichen Ziele** und insbesondere für die allgemeine Abrüstung und die Revision der Friedensverträge auf.

Locker (Poale Zion)

Wir müssen nicht bloß den äußeren, sondern auch den inneren Imperialismus bekämpfen. Die zweite Internationale duldet die Unterdrückung nationaler Minderheiten. Die tschechischen Sozialisten beteiligen sich an der Unterdrückung deutscher, ebenso beteiligen sich polnische Sozialisten an der Unterdrückung ukrainischer Juden. Die Pflicht zur Bekämpfung der Pogrome ist nicht ausreichend erfüllt worden. Es ist notwendig, zu den Kolonialproblemen Stellung zu nehmen, aber wir lehnen die Enver-Pascha-Politik ab. Die jüdischen Proletarier, die in der Poale Zion vereinigt sind, werden treu kämpfen mit den Parteien dieser Konferenz. (Lebhafter Beifall.)

Hilferding (Deutschland)

Wir stehen vor der Lösung der wichtigsten Gegenwartsfrage: der Reparationsfrage. Die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie hat stets gegen den Krieg, für den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gekämpft. Deshalb hat sie das Recht, gegen den Gewaltfrieden zu protestieren nicht allein im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch im realen Interesse des Weltproletariats.

Wir Unabhängige anerkennen die Pflicht der Wiedergutmachung

der durch den Krieg zerstörten Gebiete. Aber die Pariser Beschlüsse sind maßlos ökonomisch widerspruchsvoll, sie sind prinzipiell verfehlt. Die Folge würde sein die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, die Herabdrückung der Lebensstellung der deutschen Arbeiterklasse und ihre Verelendung wie zu den Zeiten des Frühkapitalismus. Diese Verelendung ist aber gleichzeitig eine furchtbare Gefahr für das Ententeproletariat. Deshalb ist der

Kampf gegen die Pariser Beschlüsse internationale Pflicht.

Der Abbruch der Londoner Verhandlungen ist möglich, denn die Ententeregierungen sind die Gefangenen ihrer Drohungen, wie auch die deutsche Regierung infolge Erstarkung der nationalistischen Reaktion nicht frei in ihren Entschlüssen ist. Die Anwendung von Sanktionen müssen zwangsläufig militärische Gewalt herbeiführen. Die Folgen würden sein die Besetzung des Ruhrreviers und Oberschlesien, dann Arbeitslosigkeit, die zum Chaos und zur Katastrophe führen müssen. Wir Unabhängige lehnen die Katastrophenpolitik der Deutschnationalen ab. **Die Kommunistische dritte Internationale versagt ebenso wie die zweite; der schlagende Beweis hierfür ist die Unterschrift Vanderveldes unter die Pariser Beschlüsse.** Wir erwarten die Lösung vom internationalen Klassenkampf, begrüßen den Beschluß der französischen Sozialisten. Dem Internationalen Gewerkschaftsbund wird der bevorstehende Kampf Gelegenheit geben, seine Fehler von 1914, wie die der folgenden Jahre zu korrigieren. Nicht die wachsende Verelendung, sondern die Zunahme der sozialistischen Erkenntnis bringt die Lösung. Kommt aber eine neue Katastrophe, dann soll das zusammenbrechende kapitalistische Europa den sozialistischen Phönix aus den Trümmern steigen lassen. (Stürm. Beifall.)

Brace (Frankreich)

stellt die volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen Hilferdings fest. Wir haben in der französischen Kammer der Regierung gesagt, daß nur der Kampf der Klassen uns aus dem Elend helfen kann. **Deutschland hat in seinem eigenen Elend das Gegenstück vom Elend Frankreichs zerstörter Gebiete.** Diese Zusammenkunft ist historisch als erster Auftakt zur internationalen Aktion am 13. März und 1. Mai. Redner betont die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens in der Wiedergutmachungsfrage. Dazu müssen die Regierungen von uns gezwungen werden. (Beifall.)

Hudson (England)

Auch die englischen Arbeiter leiden unter den Kriegsfolgen. Gewiß ist die Wiedergutmachung nötig. Aber sie ist unmöglich durch das, was in London beschlossen wird, das nur die Anhäufung neuer Gefahren sein kann. Englands Arbeiter wollen solche Verträge nicht länger ertragen, **die Folge davon ist die Arbeitslosigkeit in England. Die Franzosen müssen sich wenden gegen die Auspressung Deutschlands.** Sie müssen die französischen Arbeiter aufrufen, zu internationalen Aktionen, sich nicht gebrauchen zu lassen als Werkzeuge der Diplomatie. **Weil Frankreich zu viel Kohle hat, sind die englischen Bergarbeiter arbeitslos, während Oesterreich überhaupt keine Kohle hat.** Die Arbeiter müssen gemeinschaftlich auftreten gegen neue diplomatische Versuche zur Unterdrückung der Welt. (Lebhafter Beifall.)

Kunfi (Ungarn)

Wenn das Zusammenarbeiten in der Wiedergutmachungsfrage gelingt, ist die Möglichkeit internationaler Aktionen gegeben. Das ist das wichtigste. Ich möchte Ihnen aber an Ungarn zeigen, was konterrevolutionär ist. Redner entwirft ein erschütterndes Bild von dem entsetzlichen Wüten der Gegenrevolution in Ungarn.

Ungarn gleicht einer Folterkammer.

An den Landstraßen sind Galgen errichtet. Alle Arbeiterrechte sind zerstört. Es herrscht Not, Hunger und Elend im Proletariat. **Die Regierungsvertreter Englands und Frankreichs lügen, daß in Ungarn Ordnung herrsche,** die kapitalistische Presse sagt, **der weiße Terror folgte dem roten Terror, aber die** rote Revolution hatte nur 237 Todesfälle zur Folge, meist Opfer direkter Kämpfe, während der weiße Terror viele Tausende Opfer bestialischer Grausamkeit aufweist. Das internationale Proletariat hat viel für Ungarn getan, aber noch nicht genug. Die Parteipresse muß Ungarn mehr beachten, nicht wegen des ungarischen, sondern des Weltproletariats. **Kunfi erläßt einen flammenden Appell an die Proletarier aller Länder, alle Kräfte aufzubieten, für die Forderung der Entwaffnung der konterrevolutionären Horthy-Armee.** Der Appell ist besonders an die Arbeiter der Ententeländer gerichtet, das Proletariat Ungarns wird dann wieder Hoffnung schöpfen und sich aufrichten können zum Wohle der Arbeiter aller Länder. (Starker Beifall.)

Die Konferenz wird darauf auf Sonntagmorgen vertagt.

Die schicksalsbestimmende Woche

London, 28. Februar.

Die bevorstehende Konferenz mit den Deutschen ist das Hauptthema der Presse. Die Blätter weisen darauf hin, daß mit dem heutigen Tage eine schicksalsbestimmende Woche beginnt. Die Frage über die Beratungen in Chequers, dem Landsitz des Premierministers, wo dieser das Wochenende mit Briand, Feldmarschall Wilson, Marschall Foch, Lord Apernon und anderen verbrachte, habe dazu beigetragen, daß an Stelle der bisher von manchen Blättern zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen wegen der Gefährdung der Front der Alliierten jetzt eine zuversichtlichere Stimmung getreten ist.

„Times" sagt, daß das Wochenende in Chequers tatsächlich eine Vorkonferenz über die Frage der Reparationen und Sanktionen gewesen sei. Das volle Ergebnis der dortigen Beratungen werde zutage treten, wenn die Alliierten mit den deutschen Delegierten zusammentreffen. Die Reparationsfrage wird zuerst zur Verhandlung kommen. Auf Lloyd Georges Anregung hin soll die Entwaffnungsfrage erst danach erledigt werden.

Im Verlauf des gestrigen Tages wurde der französische Botschafter in Berlin, Laurent, nach Chequers berufen, augenscheinlich im Zusammenhang mit der Reparationsfrage. Bevor die erste Debatte mit den Deutschen stattfindet, wird wahrscheinlich in Downingstreet eine Beratung der Alliierten über die Reparationen stattfinden. Nach der in Anbetracht seiner Stellungnahme vor Beginn der Konferenz unerwartet versöhnlichen Haltung, die Lloyd George bei den Verhandlungen über den Vertrag von Sèvres gezeigt hat, und für die ihm die Franzosen und Italiener dankbar sind, vereinigt sich jetzt die Aufmerksamkeit auf Lloyd Georges Stellungnahme zur Frage der Reparationen und Sanktionen.

Die Abreise der deutschen Delegation

Reichsminister Dr. Simons und die Mitglieder der deutschen Delegation haben sich am Sonntag mittag um 12 Uhr vom Potsdamer Bahnhof im Sonderzug nach London begeben. Sie werden während ihres Aufenthalts dort Gäste der englischen Regierung sein.

Das heißt etwa nichts, daß die deutschen Delegierten nun mit Briand und Lloyd George gemeinsam frühstücken, sondern hat lediglich formelle Bedeutung hinsichtlich der herrschenden Fremdengesetze.

Die Sanktionen

Reuter meldet: Bei der Besprechung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten in Chequers, an der auch Foch und Weygand teilnahmen, wurde von Lloyd George und Briand beschlossen, die Frage über die Art der Ausführung etwaiger Sanktionen gegen Deutschland einem Ausschuß von Sachverständigen zu unterbreiten. General Nollet, der Vorsitzende der interalliierten militärischen Ueberwachungskommission in Berlin, ist in London eingetroffen.

Reichspräsident und Volksvertretung

Von Kurt Rosenfeld

Die letzten Debatten des Reichstages betrafen den Reichspräsidenten, und es zeigte sich die interessante Erscheinung, daß alle bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Rechtssozialisten immer neue Versuche machten, die anscheinend vielen schon geheiligte Person des Reichspräsidenten aus der Debatte auszuschalten. Daß diese Versuche an der Energie unserer Fraktion scheiterten, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Unsere Genossen benutzten die Beratung des Etats des Reichspräsidenten, um den Versuch zu machen, die Verordnung des Reichspräsidenten endlich zur Aufhebung zu bringen, durch welche die berüchtigten Ausnahmegerichte eingesetzt wurden, die angeblich gegen die reaktionären Putschisten bestimmt sein sollten, bisher aber nur gegen revolutionäre Arbeiter tätig geworden sind. Unter Bruch der Geschäftsordnung wurde die Zulassung unserer Anträge auf Aufhebung der Verordnung von der Mehrheit des Reichstages gegen die Stimmen unserer und der kommunistischen Fraktion abgelehnt.

Als dann in die Beratung des Etats des Reichspräsidenten eingetreten wurde, machten sich die Rechtssozialisten die Auffassung der Deutschnationalen zu eigen, nach welcher der Reichspräsident für die von ihm vollzogenen Akte nicht selbst verantwortlich sei, sondern nur die Minister, welche diese Akte gegengezeichnet haben. Allerdings bedürfen nach Artikel 50 der Reichsverfassung alle Verordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister, und es ist auch richtig, daß durch die Gegenzeichnung die Verantwortung übernommen wird. Aber daraus folgt noch nicht, daß der Reichspräsident, wie früher der Monarch, über den Gesetzen steht.

Artikel 59 der Reichsverfassung gibt dem Reichstag das Recht, den Reichspräsidenten genau ebenso wie irgendeinen Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, wenn er „schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt". Also kennt auch die Reichsverfassung ein schuldhaftes Handeln und eine persönliche Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten. Wenn aber die Verfassung eine schuldhafte Verletzung der Gesetze durch den Reichspräsidenten für möglich ansieht, dann kann doch davon keine Rede sein, daß der Reichspräsident über den Gesetzen steht.

Nach Artikel 43 kann der Reichspräsident sogar strafrechtlich verfolgt werden, wenn auch nicht ohne Zustimmung des Reichstages. Ein neuer Beweis für die Haltlosigkeit der Behauptung, daß der Reichspräsident für seine Handlungen nicht verantwortlich sei.

Der Reichspräsident schließt im Namen des Reiches Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten, er ernennt und entläßt die Reichsbeamten und Offiziere, er hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches, er kann einen deutschen Einzelstaat mit Hilfe der bewaffneten Macht zur Erfüllung der ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten anhalten, er darf bei erheblicher Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen und zu diesem Zweck Artikel der Reichsverfassung außer Kraft setzen, er übt das Begnadigungsrecht aus (Artikel 45—49 der Reichsverfassung). Wie kann ein Volksvertreter, wie kann ein „Sozialdemokrat" bei dieser Sachlage behaupten, daß eine Kritik an diesen Akten des Reichspräsidenten mit dem Geiste der Reichsverfassung im Widerspruch stehe.

Eine Volksvertretung, die wirklich die Rechte des Volkes wahrnehmen will, die wenigen Rechte, welche die Reichsverfassung dem Volke und seinen erwählten Vertretern gibt, kann und darf es sich nicht nehmen lassen, beim Etat des Reichspräsidenten an seinen Handlungen Kritik zu üben. Unsere Fraktion wird sich auch fernerhin das Recht der freien Kritik an den Handlungen des Reichspräsidenten nicht nehmen lassen. Die Entrüstung, welche die Rechtssozialisten im Reichstag gegenüber unserer Haltung zur Schau trugen, charakterisiert nur diese Herren und beweist wieder einmal ihre ganze politische Unzuverlässigkeit.

Brandler gegen Brandler

Nach dem Rücktritt von Levi und Däumig ist Heinrich Brandler einer der beiden Vorsitzenden der Kommunistischen Partei geworden. Er ist also Mitunterzeichner des neuen Aufrufs der Zentrale der Kommunistischen Partei, in dem es u. a. heißt:

„In wenigen Tagen kann die Lage bitter ernst werden für das deutsche Proletariat und die Kommunistische Partei.

Die menschewistische Gewerkschaftsbureaukratie sammelt sich zum Generalsturm gegen die Einheit der Gewerkschaften, gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften.

Die bewaffnete Konterrevolution holt zu neuen Schlägen aus.

Die Londoner Konferenz kann das deutsche Proletariat im Handumdrehen vor eine Situation stellen, die die höchsten Ansprüche an seine revolutionäre Tatkraft stellt."

Es ist noch gar nicht lange her, als Heinrich Brandler ganz anders dachte. Er ist so unvorsichtig gewesen, sein Denken in einem Artikel niederzulegen. In Nr. 77 der „Roten Fahne" vom 16. Februar schrieb er:

„In der Einstellung Frieslands und der Genossin Fischer in der Frage des Bündnisses mit Sowjetrußland und der Gefahr nationalistische oder nationalbolschewistische Tendenzen in der Zentrale zu entdecken, sehen wir jedoch nur Empfindlichkeiten und Stimmungen dieser beiden Genossen. Sie begreifen nicht, daß **Nationalbolschewismus in unseren Reihen eine Gefahr, Nationalbolschewismus in den Reihen des Bürgertums für uns ein Vorteil ist.**"

Der Nationalbolschewismus des Bürgertums, der noch am 16. Februar ein „Vorteil" für die Arbeiterklasse war, ist am 26. Februar die „große Gefahr". Schnell wandeln sich die Meinungen kommunistischer Parteigrößen!

Aber noch in einer anderen Beziehung ist Brandlers Artikel vom 16. Februar interessant. Wie das Zitat zeigt, war er damals in der Frage des Bündnisses mit Sowjetrußland ganz auf der Seite der angegriffenen Zentrale, was ihn aber nicht hinderte, bereits eine Woche später als Ersatzgröße für die deswegen in Ungnade gefallenen Führer in die Bresche zu springen!

Wer trägt die Verantwortung?

Die verdorbenen Heringe

Seit einiger Zeit wird die Oeffentlichkeit durch Mitteilungen über Verderben großer Mengen verfaulter Heringe, die auf dem Viehhof und an anderen Stellen untergebracht sind, beunruhigt. Die bürgerliche Presse nahm Anlaß, um deswegen den „roten" Magistrat anzuklagen. Wir haben bereits neulich darauf hingewiesen, daß der Magistrat mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat, daß die Heringe nicht seiner Verfügung unterliegen, und daß die Reichsernährungsbehörden für alles die Verantwortung tragen. Trotzdem haben es diese Stellen nicht für notwendig gehalten, der Oeffentlichkeit Aufklärung zu geben. Wir erhalten nun von einem Genossen die folgende Schilderung der Tatsachen, die wir ungekürzt der Oeffentlichkeit unterbreiten wollen:

Als Mitglied des Bauausschusses des 5. Verwaltungsbezirks Friedrichshain besuchten wir eines Tages den Viehhof. Wir wollten Lagerräume haben zum Austausch. Der Herr Direktor Lorenz behauptete, er habe keine frei, verschiedene Privatfirmen reflektierten auf die leerstehenden, für die Stadt Berlin waren keine übrig. Ich mußte mich erst erkundigen, ob dieser Herr nicht städtischer Beamter ist, denn sein Verhalten war so, daß die meisten von uns glaubten, er wäre Vertreter der Privatfirmen. Wir hatten so nebenbei denn doch einige Räume gefunden. So kamen wir auch in die Schweinehalle, wo die Firma Liebrecht u. Nachf. 25 000 Tonnen Reichsheringe zu lagern hat. Der unangenehme Geruch ließ uns verfaulte Heringe vermuten. Wir machten in der Bezirksverordnetenversammlung Alarm und verlangten vom Magistrat, daß er sofort eingreifen möge. Es wurde eine zweite Besichtigung möglich gemacht mit einigen Stadträten und Stadtverordneten. Wir kamen zuerst in die Rinderhalle, wo von derselben Firma 35 000 Tonnen Reichsheringe lagerten. Wir ließen einige Fässer aufmachen. Ihr Inhalt war gut. Da verlangten wir in der Schweinehalle dasselbe und bekamen auch gute zu sehen. Wir verlangten nun von den dort beschäftigten Arbeitern zu wissen, wo die schlechten Heringe sind. Die glaubten nun, wir seien Händler und sagten, es gäbe keine schlechten Heringe bei ihnen. Erst als mich ein Arbeiter erkannte und ich ihm sagte, welches Interesse wir verfolgten, gab er mir einen Wink: da lagerten 70—80 halbe Tonnen verfaulte Heringe. Wir erfuhren jetzt, daß 200 Tonnen verfaulte Heringe als Düngemittel abgefahren waren, als der zweite Besuch bekannt wurde. Zur selben Zeit lagerten ganz hinten noch 1200 Tonnen, die 1918 eingefahren und für menschliche Nahrung vollständig unbrauchbar sind.

In der Schweinehalle sind Zettel angeschlagen, daß die Heringe verpfändet sind. Von wem, ist nicht zu erfahren. Da die Reichs-Fischverteilungsstelle aufgehoben ist und pro Tonne soundsoviel bekommt (wieviel, konnten wir nicht erfahren), die Heringe seit 1918-1919 und 1920 lagern und wegen mangelhafter fachmännischer Behandlung verfault sind, frage ich öffentlich: **Wer ist der Besitzer der Heringe und wer trägt den Verlust? Etwa die Steuerzahler?**

Den Herren Reichstagsabgeordneten mache ich weiter bekannt, daß die Firma Liebrecht u. Nachf. im Osthafen 12 000 Tonnen, in der Dircksenstraße 8000 Tonnen, im Wasserturm 10 000 Tonnen und in der Lothringer Straße 16 1500 Tonnen zu lagern hat, die in demselben Zustande sind wie auf dem Viehhof, desgleichen die Firma Knörk u. Lange im Osthafen. Die Arbeiter auf dem Viehhof werden von der Firma Liebrecht u. Nachf. zum Diebstahl angehalten, um vom Magistrat Konservenbüchsen zu entwenden, um die zerbrochenen Stäbe an den Tonnen zu benageln. Erlaubt sich aber ein Arbeiter, sich einige Heringe anzueignen, wird mit der Entlassung gedroht. Wenn aber die alten leeren Tonnen abgefahren werden und dazwischen einige volle Tonnen mit verschwinden für die Geschäftsleitung, da ist nichts dabei? Wir wollten nun wissen, warum die Heringe nicht auf den Markt kommen, aber das konnte (oder wollte) uns niemand sagen. Gesagt wurde: wenn die vielen Heringe jetzt auf den Markt kommen würden, könnte ein Hering höchstens 10 Pf. kosten. **Hier haben wir den Kern der Sache!** Es würde den Preis drücken und die Bevölkerung könnte verwöhnt werden mit den billigen Preisen.

Wir verlangen, daß sich das Reichsernährungsministerium sofort zu diesen Angaben äußert. Die Oeffentlichkeit kann verlangen, daß sie erfährt, wen die Schuld an diesen Zuständen trifft und was zur Abhilfe geschehen ist.

Der amerikanische Einspruch

Die amerikanische Note an den Völkerbundsrat, über die wir in unserer Sonntagmorgen-Ausgabe berichteten, ist formell an den Völkerbundsrat gerichtet. Es wird auch von der Regierung in Washington erklärt, die Frage der Insel Yap könne nicht durch ein Abkommen zwischen Amerika und Japan gelöst werden. Ueber diesen Gegenstand gebe es keine Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan, sondern nur zwischen Amerika und den alliierten Regierungen.

In Wirklichkeit bezeichnet der Einspruch der Vereinigten Staaten gegen die Mandatszuteilung über die ehemaligen deutschen Kolonien im Stillen Ozean an Japan den schroffen Gegensatz, der zwischen beiden Mächten im Stillen Ozean herrscht. Besonders beleuchtet wird dieser Gegensatz noch durch die energische Ablehnung der Zuteilung der Insel Yap unter das Mandatsgebiet. Yap, eine kleine Insel am Rande der Inselgruppe des Stillen Ozeans, ist bekannt als Kabelstützpunkt der von Amerika und Europa nach Ostasien laufenden Kabel. Kommt Yap unter japanisches Mandat, so ist Japan in der Lage, eine Kontrolle über den Kabelverkehr auszuüben. Das ist natürlich für die Interessen der Vereinigten Staaten in Ostasien, besonders in China, unerträglich.

Dem Völkerbundsrat dürfte es sehr schwer werden, in dieser Frage einen Ausweg zu finden. Er hat weder die Macht, noch durch die Art seiner Zusammensetzung die Möglichkeit, die Gegensätze, die der Imperialismus der Großmächte schafft, auszugleichen. Am Ende werden es doch die Vereinigten Staaten und Japan sein, die über ihre Interessen im Stillen Ozean direkt sich verständigen — oder in Konflikt geraten.

Jugend

Ich bin zwanzig Jahre alt. Heute faltet die müde Fabrik ihre rissigen Hände in den platten Schoß. Und so bin ich frei.

Hier ist die Elektrische. Mit ihr will ich fliehen: aus den feuchten Spalten der Großstadt heraus.

Alles aussteigen! Die Luft guter dunkler Erde hebt meinen Herzschlag. Sie befreit mein Gehirn. Der leichte Wind gibt mir seine rote Hand. Ein Hahn kräht. Dann vermeine ich den Kampfruf eines steigenden Adlers zu hören. Ist aber nur ein rollender Rabenschrei.

Ein Mädchen lebt in meinem Herzen. Ich liebe sie. Sie weiß nichts von meiner Liebe. Ich bin scheu. Und sie ist stolz.

Der Friedhof. Braunes Efeugeranke. Villengärten. Ich sehe die gelben Blütenknöpfchen erster Adonis-Röschen. Und ich fühle das zarte Weiß blühender Christrosen wie einen Kuß meine Seele berühren. Ich fühle den ersten Kuß des kommenden Lenzes!

Wald. Fichten. Föhren. Moos. Viele Stämme. Braunorangene Stämme. Ein grünweiß gefleckter Birkenstamm. Meisen trillern. Sie sagen Lieder. Ich fühle den ersten Gruß des kommenden Lenzes!

Die Bank. Da ich sitze — fühle ich Kälte auf mich einströmen. In schwarzvioletten Föhrenkronen streiten alte graue Kraniche.

Und jetzt weiß ich — warum ich in die Einsamkeit ging. Das Mädchen ist Tochter der besitzenden Klassen. Sie ist stolz. Daß ich sie liebe — ist ein Unglück.

Ich gehe. Zur Elektrischen. Wir donnern in die feuchten Spalten der Großstadt zurück.

Dann bin ich in meinem Zimmer. Einen bernsteinbraunen Tannenzapfen brachte ich mit. Ich lege ihn zu den bunten Steinen.

Mein Buch! Mein Freund! Karl Marx schrieb dieses Buch. Ich lese. Und ich fühle den Gruß des kommenden Lenzes!

Max Dortu

Franz Diederichs gestorben. Heute vormittag ist nach mehrwöchigem Krankenlager Dr. Franz Diederichs, Redakteur des „Vorwärts", verschieden. Vor etwa sechs Wochen hatte er während der Arbeit infolge nervöser Ueberreizung einen Anfall erlitten, der ihn zu einer Pause in seiner Tätigkeit zwang. Kurz vor Beendigung seines Erholungsurlaubs in Pommern ist er plötzlich gestorben. Diederichs hat eine Reihe von Gedichtsammlungen veröffentlicht, die besonders vor dem Kriege weite Verbreitung in der Arbeiterschaft fanden. Die revolutionären Kämpfe der Jetztzeit hat er freilich dichterisch nicht zu erfassen vermocht, seine letzten Arbeiten, die sich zumeist auf literarischem Gebiete bewegten, spiegelten mehr das wieder, was man Abgeklärtheit zu nennen pflegt. Ein dauerndes Denkmal seines Wirkens für das Proletariat — das wir anerkennen, auch wenn er sich in seiner politischen Auffassung zuletzt von uns entfernt hat — war die von ihm veranstaltete Sammlung „Von unten auf", die dauernden Wert hat. Diederichs, der im 56. Lebensjahr stand, war früher Feuilletonredakteur der „Dresdener Volkszeitung". In Berlin hat er auch der Volksbühnenbewegung anregende Aufmerksamkeit geschenkt.

Zwei Welten. In der „Fackel" in Wien stellt Karl Kraus die beiden folgenden Zeitungsnotizen nebeneinander:

Das Einkommen: Eine am ganzen Körper zitternde, fast zum Skelett abgemagerte Frau, die zum Stehen zu schwach ist, war Dienstag vor dem Bezirksgericht Josefstadt wegen Diebstahls von zwei Bettdecken angeklagt. Die Angeklagte, die mit so schwacher Stimme sprach, daß man sie nur in unmittelbarer Nähe verstehen konnte, gab an, sie habe kein anderes Einkommen, als eine Pfründe von monatlich 24 Kronen (das sind etwa 3 Mark). Da dieser Betrag nicht für einen Tag ausreiche, seien ihr nur zwei Möglichkeiten geblieben: zu betteln oder zu stehlen. Gebettelt habe sie so lange, bis man sie wegen Bettelns zu einem Monat Arrest verurteilte. Darum sei ihr nur der zweite Weg übrig geblieben. Bezirksrichter Dr. Bleyer sprach die Angeklagte frei, da sie, weil man mit monatlich 24 Kronen nicht leben könne, unter unwiderstehlichem Zwange gehandelt habe. Auf die Bemerkung des Richters, daß der Freispruch sie nicht zur Fortsetzung des Diebstahls berechtigt, erwiderte die Angeklagte: „Ich mach's so nicht mehr lang! Wer weiß, ob ich noch lebendig nach Haus komm'."

Weihnachtsstimmung in der City-Bar. In der altwienerisch angehauchten Liliengasse gibt es in diesen dahinsagenden Tagen einen heimlichen Treffpunkt: die City-Bar. Sie ist längst der Liebling jener wirklich guten Gesellschaft geworden, die an den langen, dunklen Nachmittagen, abseits vom lauten Weihnachtstreiben, wohldurchwärmte, weich hinfließende Teestunden liebt. Die mondäne Damenwelt ist da, flüstert und nascht und lauscht dem Spiel des Pianisten Urban, das in den traulich vornehmen Räumen wie sordiniert klingt. — Das Bild wechselt, die Zeit der Weihnachtseinkäufe ist verflogen und die elegante Herrenwelt erobert diese Bar, in der auch der Fremde von echter, soignierter Distinktion die Stimmen und Stimmungen der großen Welt findet. Immer ist es aber die City-Bar, die den Feinschmeckern und Wissenden durch kein ähnliches Milieu ersetzt werden kann. Sie hat sozusagen Weihnachtstoilette angelegt, voll Erwartung und Laune, und bleibt stets das, was sie seit ihrem Bestehen ist: ein apartes Wiener Eckchen. Oder noch einfacher: Die City-Bar.

Schulärztliche Untersuchungen. Die übliche Art der schulärztlichen Untersuchungen gibt dem Göttinger Hygieniker Fenker Anlaß zu einer scharfen Kritik in der Zeitschrift für „Schulgesundheitspflege". Die Gesundheitsschädigungen aller Schüler können nach seiner Ansicht dadurch nicht erfolgreich aufgedeckt werden. Zwar wird durch Dienstvorschrift und Anleitung in Gesundheitsscheinen den Schulärzten eine gewisse Richtlinie für die Ausführung ihrer Arbeit gegeben; aber diese Vorschriften sind so allgemein gehalten und die Richtlinien der Gesundheitsbogen sind so lückenhaft, daß sie keine gleichmäßig verwertbare Grundlage für wirklich fachärztliche Untersuchungen abgeben können. Der Verfasser hält daher eine Reform der gegenwärtig üblichen Technik der schulärztlichen Untersuchungen für dringend geboten und schlägt vor, daß die Gesundheitsbogen in Form und Führungsweise weiter ausgebildet werden, damit sie als ein wirklich zuverlässiges, gesundheitliches Tagebuch, für jeden einzelnen Schüler gelten können und in ihrer Gesamtheit brauchbares statistisches Material liefern. Der Zersplitterung des einzelnen Arztes, die zu oberflächlicher Arbeit führt, soll dadurch entgegen gearbeitet werden, daß mehrere Schulärzte sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und dadurch die Arbeit des einzelnen zweckmäßig verteilt sowie konzentriert wird.

Das pazifistische Testament eines Nationalisten. Die „Clarté" veröffentlicht in einer ihrer letzten Nummern das literarische Testament von Paul Deroulède, des bekannten Führers der französischen Nationalisten. Deroulède fordert darin, daß nach der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens Frankreich seinem Erbfeinde gegenüber Großmut beweise, damit endlich in Europa ein Zeitalter des allgemeinen Weltfriedens heraufsteige.

Tages-Notizen

„Wort und Bild im Dienste der proletarischen Revolution" heißt das Thema einer Volksversammlung, die Donnerstag, den 3. März 1921, abends 7 Uhr, in Berlin, Phoenix-Säle, Müllerstr. 142, stattfinden wird. Es sprechen: Gertrud Eysoldt, Franz Pfemfert, Oskar Kanehl und Max Hermann-Neiße. Gertrud Eysoldt wird u. a. Manifeste von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg lesen. Max Hermann spricht über „revolutionäre Aufgaben der Kunst" (mit Lichtbildern). Preise von 2 M. in der Aktionsbuchhandlung, Kaiserallee 222 und in der Buchhandlung der „Freiheit".

Dichterabend: Aus den Gedichten des durch den Krieg getöteten Arbeiterdichters Gerrit Engelke lesen am 6. Kammerspielabend, 8. März, 7½ Uhr, Harmoniumsaal, Margarete Brendel-Jacoby und Oscar Ludwig Brandt. Karten im Gewerkschaftshaus, Zimmer 15.

Ausstellungen: In der Kunsthandlung Alfred Heller, Bleibtreustr. 12 (geöffnet 10—6, Sonntags 11—2, Einzelstücke), bis ab 1. März Werke der Modernen Degner, Domscheit, Partikel, Röbecht, Winkinger, Feininger, Hofer, Schmidt-Rottluff usw. ausgestellt. — Die Freie Sezession eröffnet am 5. März in der Galerie Möller (Potsdamer Str. 134c) eine Ausstellung von Handzeichnungen, Radierungen und Kleinplastiken ihrer Mitglieder.

Kleine Mitteilungen: Der Hölderlinforscher Hermann Kurz hat unbekannte Gedichte Hölderlins aus seiner bedeutendsten Schaffensperiode (kurz vor Ausbruch des Wahnsinns) gefunden. Sie sind entziffert worden und werden im Verlag Banas u. Dette, Hannover, erscheinen. — In Rußland ist ein unbekannter Roman von Turgenjew, „Ein Boden für die Kunst", aufgefunden worden. Er schildert das Verhältnis des Dichters zu seiner berühmten Freundin, der Sängerin Viardot-Garcia. — In Paris ist jetzt ein französisches Werk über Einstein von Lucien Haas erschienen.

Todesfälle: In Wien ist im Alter von 81 Jahren der Begründer der Wiener rechtlichen Schule in der Nationalökonomie, Professor Carl Menger, gestorben. — In New York ist der Verfasser des weltberühmten Romans „Helenens Kinderchen", Hobberton, im 79. Lebensjahr gestorben.

Die Wahlordnung für Oberschlesien

Die Interalliierte Kommission hat Bestimmungen über die am 20. März stattfindende Abstimmung in Oberschlesien als Ergänzung zu dem am 31. Dezember v. Js. veröffentlichten Wahlreglement herausgegeben. Darin heißt es unter anderem:

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. März, für das gesamte oberschlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passierschein gilt als Paß und muß vom paritätischen Ausschuß des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorien A und C erhalten den Passierschein von dem paritätischen Ausschuß ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorien D erhalten einen ähnlichen Passierschein und diejenigen der Kategorie B erhalten denselben Passierschein, den aber der paritätische Ausschuß des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passierschein erhalten. Für die Passierscheine ist kein Visum eines französischen Konsulats erforderlich.

Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk: „Polska Polen". Die zweite Kategorie den Vermerk: „Deutschland-Niemcy". Zettel, Umschläge und Urne werden von der Regierungs-Kommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh 8 bis 8 Uhr abends. Ungiltig sind: 1. Stimmzettel, die nicht das vorschriftsmäßige Muster haben, 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses bezwecken, 3. Stimmzettel mit Zusätzen oder Streichungen, 4. Stimmzettel ohne Aufdruck, 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag gefunden wurden, 6. Stimmzettel in unvorschriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin, aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als Stimme gezählt. Sind sie verschiedener Kategorien, so sind sie alle ungültig.

Im Falle, daß über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbureau erzielt werden kann, gelten sämtliche Zettel als angefochten, wodurch ihre Berechnung ausgesetzt ist; die Entscheidung liegt bei dem Interalliierten Bureau. Dieses prüft die Abstimmungshandlung, entscheidet über die strittigen Fälle und die angefochtenen Stimmzettel und stellt die endgiltigen Ergebnisse der Abstimmung fest. Der Gesamtbericht des Interalliierten Bureaus mit den Vorschlägen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungshandlung geht an die Regierungskommission, die in letzter Instanz über die Gültigkeit entscheidet und das Ergebnis bestätigt. Wo es angefochten wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

Die üblichen Kampfesmittel

Endlich erfahren die getreuen Leser der „Roten Fahne" etwas aus Oberschlesien. Man frage nur nicht wie! Daß die Kommunistische Partei in Oberschlesien infolge der lächerlichen Parolen ihrer Leitungen heute nur noch einen Trümmerhaufen darstellt, wird den Lesern verschwiegen. Dafür behauptet aber das Blatt, die Kommunisten hätten sich von den korrumpierten Elementen gereinigt und diese hätten jetzt bei der U. S. P. D. einen Schutz gefunden. Das Blatt lügt ganz frech, daß die Bezirksleitung der U. S. P. D. sich im Prinzip für die Annahme von Bestechungsgeldern ausgesprochen habe, nur mit der Einschränkung, daß die Bezirksleitung nicht als solche, sondern einzelne Personen diese Korruptionsgelder annehmen sollten. So habe der Bezirksvorsitzende Rau in Gleiwitz von der deutschen Regierung 50 000 Mark angenommen; gleich nachdem Rau zu den Kommunisten übergetreten sei, habe man das erfahren und daraufhin sei Rau mit seinen Freunden an die frische Luft gesetzt worden.

Das alles ist blanker Schwindel. Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie hat erhebliche Beiträge für den oberschlesischen Bezirk geleistet, ohne daß es möglich war, eine klare Abrechnung zu erhalten. Erst nachdem Rau und seine Freunde zur Kommunistischen Partei übergetreten waren, ist die 50 000 Mark-Affäre bekannt geworden. Da Rau nicht mehr Mitglied unserer Partei war, konnten wir selbstverständlich nichts in dieser Sache unternehmen. Die Kommunisten haben nun Rau aber nicht etwa wegen dieser Geldgeschichte ausgeschlossen, sondern lediglich deshalb, weil er sich in Gegensatz zu der kommunistischen Parolefabrikation stellte und gegen die von der Zentrale eingesetzten Agitatoren Vorwurf erhoben hatte, daß sie auf Kosten des Proletariats ein Schlemmerleben führten. Die Kommunistische Partei Oberschlesiens hat sich in ihrer großen Mehrheit hinter Rau gestellt, die Gleiwitzer Ortsgruppe der Kommunisten hat auch den Fall untersucht und keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden.

Ist es also schon schamlos gelogen, wenn die Kommunisten diese schmutzige Affäre, die sich in ihrem eigenen Hause abgespielt hat, uns anhängen will, so übersteigt diese Lügenhaftigkeit alle Grenzen, wenn die „Rote Fahne" zum Schluß behauptet, die „Freiheit" nehme „diese korrumpierte Gesellschaft" in Schutz. Wir stellen demgegenüber fest, daß wir sofort, als uns aus den Berichten über die Verlumpung des kommunistischen Lagers in Oberschlesien diese 50 000 Mark-Geschichte bekannt wurde, geschrieben hatten, keine politische Partei, die auf Sauberkeit halte, könne sich derartige Dinge in ihren Reihen gefallen lassen.

Lüge und Verleumdung gehören zu den von Moskau vorgeschriebenen Kampfesmitteln der Kommunisten. Es wundert uns deshalb nicht, daß diese Mittel auch in der oberschlesischen Frage gegen die Unabhängige Sozialdemokratie anwendet.

Gegen Erhöhung der Getreidepreise

Die Arbeitszeit der Beamten

Kürzlich ging die Meldung durch die Presse, das Reichsministerium habe beschlossen, die Arbeitszeit der Beamten zu verlängern und zu fordern, daß jede verlangte Ueberarbeit ohne Entschädigung geleistet werden soll. Dazu stellt der Deutsche Beamtenbund fest, daß ihm keine Gelegenheit gegeben wurde, zu diesem Beschluß vorher Stellung zu nehmen. Als Vertreter der organisierten Beamtenschaft erhebt, wie in früheren ähnlichen Fällen, auch diesmal der Deutsche Beamtenbund grundsätzlich den Anspruch, daß er vor Erlaß solcher, das Dienstverhältnis der Beamtenschaft grundlegend ordnender Bestimmungen von den zuständigen Stellen gehört wird. Da das in dieser wichtigen Angelegenheit nicht geschehen ist, hat der Deutsche Beamtenbund bei der Reichsregierung ernste Vorstellungen erhoben und um Mitteilung der Gründe gebeten, die zu diesem, den früheren Vereinbarungen widersprechenden Beschluß geführt habe.

Gleichzeitig hat der Deutsche Beamtenbund gegen die beabsichtigte Erhöhung des Getreidepreises eine ausführliche Eingabe an die Reichsregierung und den Reichsernährungsminister gerichtet, in der vor einer solchen Maßnahme dringend gewarnt und die Anhörung von Vertretern der großen Organisationen der Arbeitnehmer vor endgültigen Entscheidungen beantragt wird. In dieser Eingabe wird betont, daß eine weitere Preissteigerung von Mehl und Brot von der festbezahlten Arbeiterschaft nicht getragen werden kann. Es gehe nicht an, die Preise für das notwendigste Nahrungsmittel vorwiegend nach den Indexziffern zu regulieren, während andererseits die Kaufkraft der Einkommen der großen Masse der Verbraucher sich keineswegs auch nur annähernd dem gesunkenen Geldwert anpaßt. Unter Anwendung eines solchen Grundsatzes müßten die Gehälter der Beamten auf das Zwölffache des Friedensbetrages gestiegen sein, während tatsächlich nur eine durchschnittliche Steigerung um das Vier- bis Fünffache zu verzeichnen ist.

Das Reichsversorgungsgesetz

Die Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes erfordert eine Umanerkennung der den Rentenempfängern nach den bisherigen Gesetzen zustehenden Rente. Hierzu ist die Mitwirkung der betroffenen Kriegsbeschädigten erforderlich. Ein großer Teil der Rentenempfänger hat den Aufenthalt gewechselt, ohne daß die Versorgungsbehörde Kenntnis davon erhalten hat, weil der An- und Abmeldezwang fortgefallen ist. Das führt zu einem langwierigen Schriftwechsel zwischen dem Versorgungsamt und der Pensionsregelungsbehörde, der selbstverständlich die Arbeit der Umanerkennung zum Nachteil des Rentenempfängers verzögern muß. Es liegt daher im Interesse des Kriegsbeschädigten, der aus dem Bereich seines bisher zuständigen Versorgungsamtes (früher Bezirkskommando) verzogen ist, dies unter Angabe des nunmehrigen Wohnsitzes mitzuteilen, damit das Versorgungsamt das Aktenmaterial dem jetzt zuständigen Versorgungsamt übersenden kann. Weiterhin liegt es im Interesse des Kriegsbeschädigten, sich die für die Umanerkennung erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zu beschaffen und zwar in der Hauptsache folgende Urkunden: Heirats- und Sterbeurkunden, falls die Frau verstorben ist; Geburtsurkunden der Kinder. Für die letzteren sind Bescheinigungen in abgekürzter Form zulässig, die von den Standesbeamten kostenfrei ausgestellt werden. Die Geburtsscheine für die Kinder sind nicht beizubringen, wenn die Richtigkeit der Angaben des Beschädigten in den Spalten des Fragebogens amtlich bescheinigt wird. Wenn Familienstammbücher vorhanden sind, können diese beigefügt werden. Alle Urkunden werden zurückgegeben. Eine polizeiliche Bescheinigung, aus der zu erkennen ist, wie lange der Beschädigte an dem Ort wohnt, dient als Unterlage für die Festsetzung der Ortszulage.

Der brandenburgische Provinziallandtag

Nach den vorläufigen amtlichen Wahlergebnissen, bei denen allerdings noch Verschiebungen im einzelnen möglich sind, wird sich der neue Provinziallandtag der Provinz Brandenburg wie folgt zusammensetzen: Bürgerliche Vereinigung 15, Deutschnationale Volkspartei 16, Deutsche Volkspartei 10, Stadt- und Landliste Geldbracht-Berthold im Kreise Beeskow-Storkow (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) 1, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes 1, Zentrumspartei 1, Deutsche Demokratische Partei 6, Mehrheitssozialdemokratische Partei 31, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 8, Vereinigte Kommunisten 3, zusammen 92 Sitze. Also bürgerliche Mehrheit von 50 gegenüber 42 sozialistischen und kommunistischen Stimmen.

Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April an für die Dauer von fünfzehn Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf drei Prozent der Ausländer gleicher Nationalität festgesetzt, die zur Zeit der Volkszählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten.

Frankreich hat Kohlen. Durch Erlaß der französischen Regierung wird die staatliche Kohlenverteilungsstelle vom 1. März ab aufgehoben.

Groß-Berlin

Was wird aus Groß-Berlin?

Das neue Groß-Berlin kann und soll nicht auf die Beine kommen. Die Gegner erfinden immer neue Schwierigkeiten. Mit ihrer Klage gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen haben sie beim Bezirksausschuß Erfolg gehabt, und nun soll das Oberverwaltungsgericht entscheiden. Das Urteil ist den Parteien am 12. Februar zugestellt worden. Im „8 Uhr-Abendblatt" wird berichtet: „Da die von der Stadt Berlin zuerst eingereichte Begründung nicht als ausreichend anerkannt wurde, hat der Vertreter der Stadt Berlin, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, um eine weitere Frist von einer Woche angesucht, um eine ausreichendere Begründung ausarbeiten zu können. Diese Nachfrist ist bewilligt worden." Diese Nachricht ist falsch und nur dazu bestimmt, Stimmungsmache zu treiben. Tatsache ist, daß Dr. Rosenfeld, wie es üblich ist, zunächst eine kurze Berufungsschrift eingereicht hat, um die Berufungsfrist zu wahren, dann aber nach Zustellung des Urteils eine Fristverlängerung um einen Monat beantragt hat, um auf das Urteil eingehend eingehen zu können. Falsch ist, daß der Bezirksausschuß das Recht hat, über die Begründung zu urteilen, er hat es auch nicht getan. Tatsache ist, daß die Frist zur Einreichung der eingehenden Berufungsschrift um eine Woche statt um einen Monat verlängert worden ist, weil die Sache selbst eilig behandelt werden soll. Bemerkenswert ist, daß Genosse Rosenfeld mit dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses, Herrn Geheimrat Trull, über die Fristverlängerung telephonisch verhandelt hat und daß dieses Gespräch abgelauscht worden sein muß, sonst wäre die Veröffentlichung im „8 Uhr-Abendblatt" nicht möglich gewesen. Dieser Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die Treibereien, die in Sachen Groß-Berlin im Gange sind.

Dieser Tage waren Gerüchte im Umlauf, wonach sich der Oberpräsident mit einer Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung tragen soll. Auf welche Vorgänge sich eine solche Maßnahme stützen sollte, ist uns unverständlich. Die Quellen, aus denen solche Sensationsmeldungen fließen, sind sehr trübe. Aber allen ist die Absicht gemeinsam: Groß-Berlin soll nicht zustande kommen. Darauf weisen auch die Bestrebungen in den westlichen Vororten hin, die auf ein „Los von Berlin" hinzielen. In Wannsee und Zehlendorf wird ein Aufruf verbreitet, in dem die Einwohner zur Unterzeichnung einer Eingabe an den neuen Landtag aufgefordert werden, die Revision des Gesetzes über die Bildung der Stadtgemeinde Groß-Berlin unverzüglich vorzunehmen.

Zu alledem kommen die Einsprüche unserer bürgerlichen Gegner über die Wahlen zu den Bezirksämtern. Das „Berliner Tageblatt" wendet sich unter anderem gegen die Zusammensetzung des Bezirksamtes Wedding, weil seiner Meinung nach dort die Unabhängigen im Bezirksamt zu stark vertreten wären. Es sagt aber kein Wort dagegen, daß beispielsweise die sozialistischen Gruppen im Bezirksamt Tiergarten ausgeschaltet sind mit Ausnahme der unbesoldeten Mitglieder, obwohl hier die Sozialistien viel stärker sind als die Bürgerlichen im Weddingbezirk. Die bürgerliche Presse hofft auf den Oberpräsidenten, der sein Bestätigungsrecht ausüben will. Wir können dem Oberpräsidenten ein Bestätigungsrecht nicht zuerkennen. Soweit er ein solches nach der Städteordnung hat, kann es nur Anwendung finden auf die Wahlen zum Berliner Magistrat. Die Bezirksämter sind Bezirksverwaltungsbehörden und als solche ausführende Organe des Magistrats, die seiner Kontrolle unterstehen. Es gibt keine Bestimmung, aus dem der Oberpräsident ein Bestätigungsrecht für die Bezirksämter herleiten kann, und es ist uns unbegreiflich, daß der Magistrat die getätigten Wahlen dem Oberpräsidenten zur Bestätigung vorlegt. Wir fragen: Liegt überhaupt ein Magistratsbeschluß vor? Wie wir hören, soll in jedem einzelnen Falle eine genaue Prüfung der gewählten Bezirksamtsmitglieder erfolgen, und es soll damit zu rechnen sein, daß verschiedenen Gewählten die Bestätigung versagt werden soll.

Man sieht also, welche Schwierigkeiten erneut aufgetürmt werden, um Groß-Berlin nicht zum Leben kommen zu lassen. Angesichts dieser Lage wäre es notwendig, wenn die sozialistischen Parteien eine geschlossene Front gegen die Gegneraufrichteten. Aber leider sehen wir, daß die Kommunisten im Rathause eine Kommunalpolitik treiben, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderläuft und die Gegner stärkt, ja ihnen sogar, wie die letzte Abstimmung über den Straßenbahntarif zeigt, direkt in die Hände arbeiten. Unsere Gegner haben gute Bundesgenossen und dadurch leichte Arbeit.

Wild-West vor den Toren Berlins

Eine Räubergeschichte, wie man sie früher aus Wild-West las, hat sich am Sonnabend abend in dichter Nähe von Berlin abgespielt. Bei Strausberg wurde ein dichtbesetzter Autoomnibus, der zwischen dem dortigen Ostbahnhof und Wriezen verkehrt, während der Fahrt von einer bewaffneten Räuberbande überfallen und alle Insassen von diesen ausgeplündert.

Als sich der mit etwa 20 Personen besetzte Autoomnibus um 8½ Uhr abends auf der Fahrt zwischen den Stationen Schlagmühle und Hegermühle befand, einer Strecke, auf der sich zu beiden Seiten große Schonungen befinden, stieß dieser plötzlich auf ein Hindernis. Mitten auf der Straße lag ein Mann, der scheinbar stark betrunken war. Der Chauffeur brachte den Wagen zum Stehen und der Begleitmann stieg vom Bock, um das Hindernis zu beseitigen. Als er den anscheinend betrunkenen Mann bald erreicht hatte, sprang dieser plötzlich auf, hielt dem Begleiter einen schußfertigen Revolver vor die Brust und forderte ihn auf, die Hände hochzuheben und sich nicht von der Stelle zu rühren. Im gleichen Augenblick wurde es im Wagen selbst ebenfalls lebendig. Zwei der Fahrgäste hatten ebenfalls zur Schußwaffe gegriffen und alle anderen Insassen ersucht, mit erhobenen Händen im Wageninnern stehenzubleiben. Auf einen Pfiff der Räuber sprangen aus der Schonung vier weitere Männer hervor, die den Autoomnibus umstellten und ebenfalls mit gezogenen Pistolen den Wagenführer und die Fahrgäste in Schach hielten. Nun machten sich die Räuber im Wageninnern daran, alle Fahrgäste auszuplündern. Sie raubten ihnen die Uhren und Ketten, alle anderen Schmuck und Wertsachen und das bare Geld und gingen sogar so weit, ihnen die Ringe von den Fingern zu ziehen. Die ganze Beute warfen sie in eine Reisetasche, die sie einem der Fahrgäste weggenommen hatten. Als sie dann die ganze Gesellschaft ausgeraubt hatten, schlugen sie sich nacheinander, ihren Rückzug immer mit schußbereiten Pistolen und Revolvern deckend, in die Schonungen und verschwanden mit ihrer reichen Beute im Dunkel der Nacht. Von der Strausberger Polizei wurden sofort die Polizeistellen der umliegenden Ortschaften und auch die Berliner Kriminalpolizei benachrichtigt, von der der Leiter des Raubdezernats, Kriminalkommissar Werneburg, mit seinen Beamten sofort alle Maßnahmen traf, um die Räuberbande, von der angenommen wird, daß es sich um eine Berliner handelt, habhaft zu werden. Am gestrigen Sonntag gelang dieses aber leider noch nicht. Wer über sie irgendwelche Mitteilungen machen kann oder Beobachtungen gemacht hat, die zu ihrer Festnahme führen können, wird ersucht, sich umgehend im Zimmer 80 der Berliner Kriminalpolizei (Hausanruf 001 und 483) zu melden.

Massenversammlung der Kriegsbeschädigten. Der Großberliner Gau des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten veranstaltete am Sonntag vormittag eine Massenversammlung im Lustgarten, an der etwa 12 000 Personen teilnahmen. Der Vorsitzende Karl Tiedt wandte sich gegen die Verschleppung der Forderungen der Kriegsbeschädigten, erörterte die letzten Vorkommnisse in den Großberliner Lazaretten, insbesondere in Tegel, und verlangte eine Beschleunigung der Auszahlung der Renten. Dann bildete sich ein Demonstrationszug, in dessen Reihen zahlreiche Plakate und rote Fahnen mit Inschriften getragen wurden. Die meisten der Fahnen zeigten den Sowjetstern. An der Spitze des Zuges fuhren in Krankenfahrstühlen Schwer-Kriegsbeschädigte. Ihnen folgten sechs Personen, die auf einer Tragbahre einen mit eisernen Kreuzen geschmückten schwarzen Sarg trugen mit der Aufschrift: Das neue Versorgungsgesetz. Der Zug bewegte sich nach dem Reichsarbeitsministerium in der Scharnhorststraße. Zu einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei kam es am Alexanderplatz, wo die Demonstranten ein Lastauto mit Schutzpolizisten umzingelten und am Weiterfahren verhinderten. Den Ordnern gelang es schließlich, die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit Niederrufen auf die Schutzpolizei und Hochrufen auf die dritte Internationale und Sowjetrußland ging es dann nach der Brunnenstraße. An der Ecke der Chaussee- und Invalidenstraße kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Beamten der Schutzpolizei, die an einer Haltestelle auf die Elektrische warteten, um heimzukehren. Dann bewegte sich der Demonstrationszug nach dem Invalidenhause, wo Tiedt abermals eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf die Weltrevolution schloß. Dann löste sich der Demonstrationszug auf.

13. Verwaltungsbezirk Tempelhof-Mariendorf. In der Mittwoch-Sitzung wurde zunächst mit Hilfe der S. P. D. ein neuer Vorsitzender in der Person des Bez.-Verordn. Jung, Dt. Volksp., gewählt, gegen 10 unabhängige und kommunistische Stimmen, welche auf den bisherigen Vors. Gen. Küter, fielen. Infolge der Spaltung der U. S. P. D. glaubten die S. P. D. zu einer Neubesetzung des Vorstandes verpflichtet zu sein. Ein Antrag der V. K. P. D. auf unentgeltliche Lieferung von Lernmitteln an Schulkinder wurde durch Uebergang zur Tagesordnung gegen die Stimmen der Antragsteller und der U. S. P.-Fraktion erledigt. Stadtv. Ewald, S. P. D., erklärte, daß seine Fraktion von vornherein gegen solchen Blödsinn, wie er durch Stellung derartiger Anträge verursacht werde, protestieren müsse. Die Geschäftsordnung wurde mit wenig Aenderungen gegen die Stimmen der U. S. P. und der V. K. P. D. angenommen. In der Sitzung am Freitag wurde die Wahl der Bezirksamtsmitglieder vorgenommen. Die soz. Fraktionen hatten sich zunächst geeinigt, das

Oberschlesier!

1. die nach dem 1. 10. 1920 ins Reich verzogen,
2. die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten.

Ihr braucht Passierscheine!

1. In Oberschlesien geborene und dort **bis 1. Oktober 1920 wohnhaft** gewesene Stimmberechtigte **(Kategorie A)** und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstimmungsberechtigte, die seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt **bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben** und **nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).**
2. **alle Stimmberechtigten der Kategorie A,** die noch heute im Abstimmungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, **z. Zt. aber sich außerhalb des Abstimmungsgebietes aufhalten** (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.), **müssen zur Hinreise zur Abstimmung Passierscheine haben,** die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am

2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuß

eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt jede Ortsgruppe der

Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier.

Bezirksamt rein sozialistisch zusammenzusetzen. Infolge der zentralen Abmachungen glaubte die S. P. D.-Fraktion es nicht mehr vereinbaren zu können, die Bürgerlichen auszuschließen. Sie verschleppten die Verhandlungen zwischen den soz. Fraktionen und kamen plötzlich vor 3 Wochen in der ersten Sitzung des Wahl-Ausschusses damit heraus, daß sie den 1. Bürgermeister-Posten besetzen werden und der U. S. P. D. gnädigst den 2. Posten überlassen wollen; auf jeden Fall aber wollen sie 2 sozialistische Bürgermeister wählen. Acht Tage später lautete die Erklärung, daß es ihnen sehr lieb wäre, wenn sie für 2 soz. Bürgermeister stimmen könnten, sie werden es voraussichtlich auch tun. Inzwischen wurde mit den Bürgerlichen gekuhhandelt. Das Resultat dieser Schacherei kam heute zum Vorschein. 1. Bürgermeister wurde Groß, S. P. D., mit 24 Stimmen gegen Richter, U. S. P., mit 9 Stimmen; 2. Bürgermeister wurde Dr. Bruns-Wüstefeld, Dt. V.-P., für den die S. P. D. vorher erklärte, nicht einmal als Stadtrat stimmen zu können, mit 23 Stimmen gegen Greulich, U. S. P., mit 10 Stimmen; 1. besoldeter Stadtrat Ewald, S. P. D., mit allen 33 Stimmen; 2. besoldeter Stadtrat (Schulrat) Greulich, U. S. P., 17 Stimmen, gegen Scheske, bgl., 16 Stimmen; 3. besoldeter Stadtrat (Baurat) Bräunig, Dt. V.-P., 23 Stimmen, gegen Brandt, V. K. P. D., 10 Stimmen; 4. besoldeter Stadtrat (Jurist) Scheske, bgl., 18 Stimmen, gegen Richter, U. S. P., 15 Stimmen; 5. besoldeter Stadtrat Irrgang, V. K. P., 17, gegen Thiele, S. P. D., 16 Stimmen. Als unbesoldete Stadträte wurden gewählt: Küter, U. S. P. D., Thiele, S. P. D., Sennock, Dt. V.-P., und Dr. Musiehl, Dt. Nat. P. Bei der Wahl des 4. besoldeten Stadtrates hat die S. P. D. entgegen ihrem Versprechen nicht voll für unseren Genossen Richter gestimmt, sondern 2 S. P. D.-Stimmen fielen auf Scheske, bgl. Bei der nachfolgenden Wahl des 5. besoldeten Stadtrates wäre, wenn nicht Stadtv. Ewald, S. P. D., seinen Fraktionsgenossen gegenüber mit der Faust auf den Tisch geschlagen hätte, zu den 16 bürgerlichen Stimmen für Thiele eine sozialistische Stimme hinzugekommen und dann Thiele mit 17 Stimmen gegen Irrgang mit 16 Stimmen gewählt worden. Einige S. P. D.-Bezirksverordnete haben sich ob der Disziplinlosigkeit ihrer Genossen sichtlich geschämt. Unseren Genossen ist es selbstverständlich nicht zuzumuten, mit derartig unzuverlässigen Bezirksverordneten, wie es die sogenannten Rechtssozialisten sind, eine gemeinsame Front zu bilden.

Hakenkreuzler an der Arbeit. Eine häßliche Szene spielte sich am Sonntag nachmittag am Kurfürstendamm Ecke der Joachimsthaler Straße ab. Zwischen Hakenkreuzlern und jüdischen Bürgern war es zu Streitigkeiten gekommen, die schließlich in eine Prügelei ausarteten und einen Auflauf von etwa 250 Personen verursachten. Da es einer Streife der Schutzpolizei nicht möglich war, die Kampfhähne zu trennen, wurden Verstärkungen herangezogen, denen es gelang, die Ansammlung zu zerstreuen. Sechs Personen wurden wegen persönlicher Beleidigung festgestellt.

Fast zur gleichen Zeit wurde der Student Curt Ruhemann aus der Köthener Straße 130 in der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche dabei beobachtet, wie er, ohne jeden Anlaß, gegen Personen mit Hakenkreuzen beleidigend und tätlich wurde. Auch hier sammelten sich bald mehrere hundert Personen an. Als Beamte der Schutzpolizei Ruhemann festnehmen wollten, griff er auch sie tätlich an. Er wurde darauf zur Marburger Wache gebracht.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ziemlich mild, überwiegend trübe und etwas neblig, mit leichten Regenfällen und lebhaften südwestlichen bis westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Die klugen „Rechtser“

Aus Köln erhalten wir folgenden Beitrag:

E. H. In Nr. 87 der „Freiheit“ vom 22. Februar d. J. finden wir unter der Spitzmarke „Ein „rechter“ Gewerkschaftler“, einen Artikel, der sich mit der eigenartigen Weise befaßt, in welcher Richard Woldt der Einigkeit der freigewerkschaftlichen Bewegung glaubt dienen zu können. Woldt ist der Meinung, die gewerkschaftliche Weisheit mit Löffeln gegessen zu haben, alle Gewerkschaftler, die zufällig eine andere politische Gesinnung als diejenige eines extremen Rechtssozialisten haben, sind dagegen nach Woldts Ansicht dumme Kerle. Zum Beispiel konnte es sich Woldt, der sich stolz „Dozent an der Universität Münster“ nennt, gelegentlich des ersten Betriebsrätekongresses der freien Gewerkschaften und der Afa für Rheinland und Westfalen im verflossenen Herbst in Essen nicht verkneifen, u. a. folgendes zu sagen:

„Werte Kollegen! Wir wollen offen aussprechen, was ist: Solche Phrasenhelden spielen heute als Betriebsräte die allerschlechteste Figur. Sie brauchen sich nur nach deren wirklichen Funktionen genauer zu erkundigen, um zu finden, daß „der Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus“ bei diesen Zeitgenossen sich manchmal nur darin erschöpft, für den Konsumverein des Werkes auf Einkauf nach Lebensmitteln zu gehen, die sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen der Kantinen zu kontrollieren“ oder sonstige „revolutionäre“ Handlungen vom gleichen Kaliber auszuführen. (Große Heiterkeit.)“

Daß die Betriebsräte nicht genügend geschult sind und häufig Dummheiten machen, ist eine Tatsache, die auch kein Unabhängiger bestreiten wird. Gerade wir sind es, die sich dagegen wenden, daß die Betriebsräte ihre Tätigkeit darin erschöpfen, Kartoffeln und Kohlen für die Werksangehörigen zu beschaffen. Wenn Woldt aber glaubt, daß diejenigen Betriebsratsmitglieder, die zufällig Mehrheitssozialisten sind, die Schlauen und alle anders politisch Denkenden nur dumme Kerle sind, so entspricht dieser Glaube der geistigen Einstellung des Herrn Woldt auf politischem Gebiet; er ist aber darum noch lange nicht Wahrheit. Wir hätten einmal sehen mögen, was aus dem Betriebsrätekongreß in Berlin im Herbst 1920 geworden wäre, wenn dort Rechtssozialisten vom Woldtschen Schlage referiert hätten. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in der Gewerkschaftsbewegung die geistige Führung bei denjenigen Kollegen zu suchen ist, welche politisch auf dem Boden der U. S. P. D. stehen. Das mag sich Herr Woldt einmal merken. Er tut der Gewerkschaftsbewegung einen schlechten Dienst, wenn er dauernd durch bissige Redensarten und Kämpfe gegen die politisch Andersdenkenden künstlich den Spaltpilz in die Gewerkschaften hineinbringt.

Auf dem gleichen Niveau wie die Ausführungen Woldts bewegt sich der Schlußsatz eines Artikels im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 5 vom 29. Januar 1921. Das Korrespondenzblatt befaßt sich in diesem Artikel mit der Gerichtsverhandlung wegen der Zerstörung von Autogestellen bei Daimler in Stuttgart. Wir billigen die Vorgänge, die zu jenen Zerstörungen geführt haben, selbstverständlich nicht, lehnen es aber auch ab, daß man diese Zerstörungen den Unabhängigen an die Rockschöße hängen will. Zum Schluß heißt es nämlich in dem Artikel des Korrespondenzblattes: „Wiederum ersieht die Arbeiterschaft aus diesem Vorgang, wie die unüberlegte, phrasenhafte Agitation der Kommunisten und Unabhängigen die Arbeiter von einem Verderben ins andere bringt und dadurch die (!!! sic) Reaktion immer mehr in die Hände arbeitet.“

Nachdem das Korrespondenzblatt in letzter Zeit politisch Andersdenkenden gegenüber etwas duldsamer geworden war, scheint man jetzt, nach obigem Artikel zu urteilen, den Kampf wieder aufnehmen zu wollen. Wenn die Herren Woldt und Umbreit ein Tänzchen wagen wollen, mögen sie es nur sagen, wir spielen ihnen schon auf.

Ob Woldt nun bescheidener werden wird?

Bauarbeiter

In der unter dieser Ueberschrift in der gestrigen Nummer veröffentlichten Zurückweisung ist durch ein Versehen des Setzers der Name weggeblieben. Wir holen das heute nach. Die Erklärung stammt vom Genossen Carl Scheck.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin. Betriebsräte, Obleute und Vertrauensmänner aus den Weingroßhandlungen und Likörbetrieben! Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Vereinslokal von Feyfara, Melchiorstr. 15, Funktionärzusammenkunft.

Aus den Organisationen

Montag, 28. Februar

15. Distrikt. Frauenleseabend 8½ Uhr bei Lausch, Bredowstr. 38.

Treptow-Baumschulenweg. Abends pünktlich 7 Uhr Frauenleseabend in beiden Ortsteilen. Es findet Vortrag statt und werden die Genossinnen ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Dienstag, 1. März

16. Distrikt. 7 Uhr Vollversammlung der kommunalen Kommission Schulaula Tegeler Str. 18—20.

Friedrichsfelde-Karlshorst. Abends 7 Uhr im Cecilien-Lyzeum, Lichtenberg, Rathaus 14, eine Sitzung der Elternbeiräte des 17. Verwaltungsbezirks. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Elternbeiräte Friedrichsfelde und Karlshorst einfinden.

Lebensmittelkalender

Berlin-Wilmersdorf. Brotkarte Stichwort „Frühling“. 375 Gramm Zucker. Voranmeldung für 1 Pfd. Teigwaren, 1 Pfd. Bienenhonig für ältere Leute, 1 Pfd. Keks bzw. Zwieback für Kinder und ältere Leute, 1 Pfd. Weizengrieß für Kinder und Jugendliche. Für werdende Mütter: 4 Pfd. Nährmittel, 50 bis 200 Gramm Trockengemüse, 1 Dose Malzextrakt, 3 Dosen Kondensmilch. Für stillende Mütter: 2 Pfd. Nährmittel, 50 bis 200 Gramm Trockengemüse, eine Dose Malzextrakt.

Hennigsdorf. Gemäß § 59 der Reichsgetreideordnung vom 21. Mai 1920 — Reichsgesetzblatt — gelten vom 28. Februar 1921 ab für die Abgabe von Brot und Mehl an die Verbraucher folgende Höchstpreise: 1. Für ein Roggenbrot im Gewicht von 1900 Gramm 4,50 M., 2. für ein Krankenbrot im Gewicht von 1900 Gramm 4,90 M., 3. für Weizen-Kleingebäck im Gewicht von 100 Gramm 0,30 M., 4. für ein Pfund Roggenmehl 1,40 M., 5. für ein Pfund Weizenmehl 1,50 M.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kemeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Der Parasit

Staatstheater.
Opernhaus
8 Uhr:
Tristan und Isolde
Schauspielhaus
7 Uhr:
Die Sterne

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 U.: Die Jungfrau von Orleans
Kammerspiele
7½ Uhr: Jenseits
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Florian Geyer
(B. Abteilung, 3. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
½8: Jekaterina Iwanowna

Komödienhaus:
½8 Uhr: Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Die spanische Nachtigall
½8: mit Fritzi Massary
(Waßmann, Emmy Sturm, Roberts, Zeisberg)

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf
(Leopoldine Konstantin, Ilka Grüning, Hans Berg, Herm. Vallentin, Julius Falkenstein; Hierauf: Abschieds-Soupée

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnstädt, Sandrock, Coelle, Karoff, Falkenstein, Otto, Mamelok)

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Komische Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Liebe im Schnee

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7½ U.: Ein idealer Gatte
(Darlaux, Götz, Loos)
Dienstag 7½: Zum 25. Male:
Ein idealer Gatte
(Darlaux, Götz, Loos)
Mittwoch 7½: Flamme (Dorsch)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)

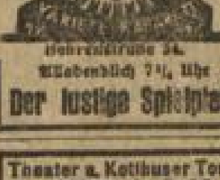
Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Mascottchen

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...

Walhalla Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der Vogelhändler

½8 **Folies Caprice** ½8
(am Oranienburger Tor)
Nachtkultur
mit Ferd. Gräneckes.

½8 **Casino-Theater** ½8
Der Großfürst
Sonntag 3½: Eine fidele Ehe



Behrenstraße 54.
Allabendlich 7½ Uhr
Der lustige Spießtan

Theater a. Kottbuser Tor.
Kottbuser Straße 6-7.
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Zum Schluß „Der Kriegsgewinnler.“
Nachm. halbe Pr.!
Vorv. 11-1½ u. 4-6 a.d. Tageskasse u.
Leipz. Str. 51 (Spit-Kolonnad.)

7½ **Apollotheater** 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893. Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1893.

Spezialität:
ohne Gaumenplatte

Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße
Nur 2 feste Preise
Zähne 5 M. und 7,50 M.
Schöne natürliche Farben und Formen mit echtem Kautschuk und schriftlicher Garantie.
Goldkronen = Brücken = Stiftzähne.
Gaumenloser Zahnersatz.
Mundunterfuchung gratis. Keine Luxuspreise.
Sprechstunden wochentags 9—12, 2—6 Uhr.

Zigarettengroßhandlung
Bek. Marken f. Wiederverkäuf.
Deffen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Quecksilber, Zinn
kauft Neue Hochstraße 38.
Telephon: Humboldt 2779.

Bettnässen
bei Kindern sowie Erwachsenen, jede Garantie für sof. Befreiung. Alter und Geschlecht angeben. Kostenlose Auskunft erteilt:
Hygienischer Versand
ROSA ZWERENZ München 137
Kaulbachstraße 54

Soeben erschien! Soeben erschien!
Der weiße Schrecken in Polen
32 Seiten. Preis 1.00 Mk.
Aus dem Inhalte: Die Ereignisse vor dem Pogrom im Frauengefängnis Wronki / Der Pogrom in Wronki / Folterkammern im Osten
Zu beziehen durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Soeben erschien!
Heft 31/32 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz:
KARL RADEK
Das 3. Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital
Aus dem Inhalte:
Die Niederlage Koltschaks, Judenitschs und Denikins / Die Verhandlungen mit England / Der Krieg mit Polen / Der Waffenstillstand in Riga und die Niederlage Wrangels / Die Bilanz der Entente-Politik / Der Churchill-Hoffmannsche Plan einer allgemeinen Offensive gegen Sowjet-Rußland / Die Aussichten der Revolution in Mitteleuropa und im nahen Osten / Die Friedensverhandlungen in London
Preis 1.00 Mark
Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

! Mieter Wahret Eure Rechte !
Ein praktischer, unentbehrlicher Wegweiser zum Schutz der Mieter gegenüber dem Hausbesitzer ist
„Der Mieterschutz“
Ausführliche Erläuterung der Mieterschutzgesetzgebung von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Boenheim
Preis 4.— Mark
In 6 Monaten über 90000 Exemplare verbreitet
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“ : BERLIN C2
sowie in allen „Freiheit“-Speditionen

Kenner Kauen Kapitän Kautabak
zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften
Generalvertrieb:
C. RÖCKER, Berlin, Lichtenberger Straße 23
(Königstadt 3861)

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9

Neu!
Proletarische Jugend
Sammlung sozialistischer Jugendschriften
Heft 2
Proletarierjugend und Theater
Von Gerhard Seger
Preis 2.50 Mark
Verlagsgenossenschaft FREIHEIT Berlin C 2 Breite Str. 8-9
Soeben erschienen! Soeben erschienen!
Neu!

KAFFEE
16,50 roh, tägl. frisch geröstet, Pfd. 19, 20, 22. Vanille 110.— Muskatnüsse Pfd. 18.50 Wiederverkäuf., Cafés Engrospreise.
Kaffee- und Gewürz-Groß-Handlung Rauch,
Norden 4336. Invalidenstraße 164. Eckhaus Brunnenstraße

Botenfrauen
für folgende Touren werden gesucht:
I. Woldenberger Straße
II. Wein-, Büsching-, Friedenstraße
Sped. Werner, Greifswalder Str. 29.

Botenfrauen
werden noch eingestellt, zum 1. März, in unserer neuen Ausgabestelle
Schwedter Straße 23.
Meldungen erbitten in unserer
Spedition Johannisstr. 9.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Born, Reichenberger Str. 7, verkauft extrastarke Damenkragen Marke „Weißer Rabe“.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus Warschauer Straße 7.

Kaufgesuche

Kohoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 169.

Möbel

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.—, bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Weichs, Auguststr. 32a. Qugb.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten.

Pitzende Schlafzimmer, Ankleideschrank, Trumeau, Speisezimmer, Bettstellen, Anrichteküche, Schrank u. Vertikow, Ausziehtisch, Ruhebett, Büfett, Schreibtisch verkauft Teiß, Köpenicker Straße 154, IV.

Chaiselongues 200.— bis 875.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 120.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Fahrräder

Freilaufrad, Herrenfahrrad, Damenfahrrad, alles billig. Glitschiner Str. 78, „Fahrradwerkstatt.

Ansiedelungen

Selbstbau
Parzellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Treitschkestraße.

Verschiedenes

Die dem Ehepaar Hinze, Kopernikusstraße 1, zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück. Frau Wündisch.

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide“. Geschmackvoll gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.